



Der Freiheitskampf

Amtliche Tageszeitung der NSDAP. Gau Sachsen

Es hat für seinen Verbreitungsgebiet ausschließlich bestimmte Recht zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Staats- und Gemeindebehörden, der Amtsgerichte, der Landesregierungen, der Finanzämter, der Hauptämter, der Zollabteilungen, der Reichsbank und der Zentralstellen

Verlagspreis: monatl. 2,40 RM. (einschl. 41 Pf. Vertriebszuschlag zum Träger-
lohn). Durch die Post 2,40 RM. einw. 48,70 Pf. Zeitungsgeb. (inkl. 42 Pf.
Zuschlag) Bei Abholung in unv. Verkaufsstellen 2 RM. Einzahlung erfolgt mit
Ausnahme der Feiertage. Bei Nichterhalten infolge höherer Gewalt besteht
kein Anspruch auf Rückerstattung der Bezugsgebühren oder auf Ersatzlieferung.

Nr. 353. Sonnabend, 19. Dezember 1936

Abzugsspende 10. auf. Postl. Nr. 15. Reichenh. am Tage vor Erh. 15 Uhr,
1. d. Monatsausg. Freitag 17 Uhr, 1. d. Monatsausg. Samstag 15.50 Uhr,
Herausg. Reichs-Verlagsanstalt der NSDAP. Gau Sachsen GmbH, Dresden-St. 1,
Friedrichstr. 10. Telefonnummern Dresden 22175, 22176, 22177, 22178, 22179, 22180,
Schriftleitung 11-12 Uhr außer Sonnabends. Fernruf Central 2540 u. 25381

Befehlsausgabe an die Wirtschaft

Der Führer und Hermann Göring sprachen über die Aufgaben des Vierjahresplanes

Das Wort „unmöglich“ gibt es hier nicht!

Berlin, 18. Dezember

Ministerpräsident Generaloberst Göring hielt am Donnerstagnachmittag vor den Männern der deutschen Wirtschaft einen grundlegenden Vortrag über die Aufgaben, die die deutsche Wirtschaft bei der Durchführung des Vierjahresplanes zu erfüllen hat.

Anschließend ergriff der Führer das Wort zu einem eindringlichen Appell, in dem er die deutsche Wirtschaft aufforderte, sich rückhaltlos hinter Hermann Göring zu stellen, den besten Mann, den er zur Bewältigung der großen Aufgaben der nächsten Zukunft habe.

Als grundsätzliche Erkenntnis stellte Ministerpräsident Generaloberst Göring seinen Ausführungen die Feststellung voran, daß die Wirtschaft nicht das Primäre ist, sondern der Staatspolitik zu dienen habe. Das Ziel der nationalsozialistischen Politik ist auf das Wohl des Volkes ganzes gerichtet. Das ist Sinn und Inhalt aller Kämpfe und Maßnahmen, die die nationalsozialistische Bewegung bisher durchgeführt hat. Es ist selbstverständlich, daß nun auch die perakteten Grundzüge des liberalistischen Wirtschaftssystems im nationalsozialistischen Deutschland keine Rolle spielen dürfen.

Bis in die letzten Einzelheiten gab Ministerpräsident Göring die Richtlinien über die einzuschlagenden Wege und wies an zahlreichen, treffenden Beispielen darauf hin, daß durch den Vierjahresplan den Männern der deutschen Wirtschaft Gelegenheit gegeben ist zum erfolgreichen Eintrag der eigenen Initiative.

Zum Schluß seiner zweistündigen Ausführungen richtete Ministerpräsident Göring die Aufforderung an die deutsche Wirtschaft, die letzten Kräfte zu mobilisieren, um die Leistungen zu erfüllen, die der Führer von ihr fordert.

Nach der Rede des Ministerpräsidenten, die mit angepannter Aufmerksamkeit und Zustimmung aufgenommen wurde, ergriff zur freudigen Überraschung aller Anwesenden der Führer selbst das Wort.

Die politische Führung, so erklärte Adolf Hitler u. a., müsse die Interessen des einzelnen einordnen und sie dem größeren Interesse der Gemeinschaft unterordnen, in der Erkenntnis, daß die Wirtschaft nicht in luftleerem Raum leben könne und nicht aus Doktrinen und Theorien aufgebaut sein dürfe, sondern daß am Ende auch ihr Schicksal mitbestimmt werde durch den gesamten Lebenslauf des Volkes.

Ueber die besondere Stellung der deutschen Wirtschaft und die ihr gestellten Aufgaben gab der Führer lobenden einen eingehenden Überblick, in dem er die Notwendigkeit darlegte, zur Grundlegung des Ausbaues der eigenen Produktion auf allen Gebieten zurückzuführen.

„Das Wort ‚unmöglich‘ gibt es hier nicht!“ — so rief der Führer den Männern der Wirtschaft zu.

Dr. Goebbels spricht

Weihnachtsfeier des Gaues Groß-Berlin im Rundfunk

Berlin, 18. Dezember

Die Weihnachtsfeier des Gaues Groß-Berlin der NSDAP im Saalbau Friedrichshain, auf der Reichsminister Dr. Goebbels spricht, wird vom Reichssender Berlin am Montag, 21. Dezember, von 18.50 bis 19.15 Uhr übertragen und von allen deutschen Sendern übernommen.

zu, indem er auf den unerhörten Willen und die Entschlußkraft hinwies, mit der die nationalsozialistische Bewegung ein großes Reich erobert habe und mit der die deutsche Staatsführung dann in knapp vier Jahren dieses Reich frei und unabhängig gemacht habe. Mit dem gleichen Willen und der gleichen Entschlußkraft werde es jetzt unternommen, zu leisten, was Menschen zu leisten vermögen, um alle unsere Hilfsquellen auszunutzen.

Darum habe er mit der Durchführung des Vierjahresplanes einen Mann mit unbedingtem Willen beauftragt, von dem er wisse, daß für ihn das Wort „es geht

nicht“, nicht existiere. Dieser Mann, sein alter Kämpfer und Parteigenosse Göring, werde seinen Entschluß und seinen Auftrag in die Wirklichkeit umsetzen.

Die Worte des Führers schlossen mit einem Appell an die Männer der deutschen Wirtschaft:

„Vertrauen Sie dem Mann, den ich bestimmt habe. Es ist der beste Mann, den ich für diese Aufgabe habe. Ein Mann größten Willens und größter Entschlußkraft. Gehen Sie alle geschlossen mit ihm! Damit legen wir die festen Grundlagen einer deutschen Wirtschaft, die in der Stärke, in der Stabilität und Sicherheit des Deutschen Reiches wurzelt. Wenn wir uns dieser Aufgabe fanatisch verpflichtet fühlen, dann werden beide vor der Nachwelt bestehen: Die politische Führung, weil sie und ihre Männer etwas gewollt und erreicht haben, und die deutsche Wirtschaft mit allen ihren Arbeitern, weil sie ihre ganze Kraft für die Durchführung dieses Wertes einsetzten.“

Die Worte Adolf Hitlers, die von höchstem Beifall begleitet waren, hinterließen einen tiefen Eindruck bei allen Versammelten, die ein dreifaches „Sieg Heil“ auf den Führer ausbrachten.

Die chinesischen Rebellen am Ende?

Tschiangkai-schek soll freigelassen werden — Einstellung der Feindseligkeiten

Schanghai, 18. Dezember

Am Freitag traf in Nanking ein eigenhändig geschriebener Brief des Marschalls Tschiangkai-schek an den chinesischen Kriegsminister ein, in dem die Einstellung der Luftangriffe auf Sianju gefordert wird. Der Brief lautet: „Beunruhigt durch die Luftangriffe, die von den Nankinger Streitkräften in der Nähe von Sianju eröffnet wurden, ersuche ich, die sofortige Einstellung dieser Aktion zu befehlen. Soweit mir eine Zusage möglich ist, werde ich wahrscheinlich bis zum Sonnabend nach Nanking zurückkehren.“

Kriegsminister Hönghingtschin erklärte darauf, angeichts der Aussichten auf eine Rückkehr Tschiangkai-scheks sei allen Nankinger Streitkräften in Schenck die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten befohlen worden. Der Kriegsminister erklärte aber, der Vormarsch werde bis zur Vernichtung der Rebellen fortgesetzt, falls die zugesagte Freilassung des Marschalls Tschiangkai-scheks nicht am Sonnabend erfolge. Die gesamte chinesische Militärmacht sei mobilisiert worden, als er, Hönghingtschin, das Amt des Oberbefehlshabers des Strafvolzugs gegen Sianju angetreten habe.

Militärische Sachverständige glauben indessen nicht recht an einen Erfolg der Vermittlungsbemühungen, sind im Gegenteil der Ansicht, daß der Großangriff der 17 Divisionen, die die Zentralregierung konzentrisch gegen das Rebellenhauptquartier Sianju geworfen hat, schnell erfolgen müsse, und daß nur der Kampf die schwere Krise lösen könne.

Der am Freitag aus Sianju in Nanking eingetroffene General Tschiangtingwen erklärte, Marschall Tschiangkai-schek selbst habe Tschiangkai-schek gebeten, nach Nanking zu jäh-

ren, um dort die Einstellung der Feindseligkeiten in Schenck zu erwirken. Der Stimmungsumschwung im Lager Tschiangkai-scheks ist nach Meinung der chinesischen Kreise auf den niederlich-metternden Eindruck zurückzuführen, den das Bombardement der Nankinger Luftgeschwader auf die Umgebung Sianjus gemacht habe. Die Weiterer hätten offenbar die Zwecklosigkeit eines weiteren Widerstandes gegen die Zentralregierung eingesehen, zumal deren Politik — wie die letzten Ereignisse bewiesen hätten — vom ganzen chinesischen Volk unterstützt werde.

Am Freitag war auf der Straße von Tientsin nach Süden eine verstärkte Aktivität der japanischen Streitkräfte in Nordchina festzustellen. Diese Tätigkeit der Japaner in Nordchina hat in Kreisen chinesischer Nationalisten zu Gerüchten Anlaß gegeben, die Japaner hätten sich entschlossen, die Lösung der chinesischen Krise durch aktives Eingreifen zu erzwingen. Zukünftige japanische Stellen betonen jedoch nachdrücklich, daß es sich bei diesen Truppenverchiebungen um reine Manöveraktionen handele. Allerdings wird darauf hingewiesen, daß Japan klar und deutlich erklärt habe, daß es die Verstärkung des kommunistischen Einflusses in China auf keinen Fall dulden könne.

Der Herzog von Kofu beim Führer. Der Führer nahm am Freitagnachmittag den Besuch des Herzogs von Kofu, des Divisionsgenerals der italienischen Luftwaffe, der sich seit einigen Tagen in Deutschland befand, und am Abend die Reichshauptstadt wieder verließ, entgegen. Ferner empfing der Führer den vor einigen Tagen in Berlin eingetroffenen Geschäftsträger der spanischen Nationalregierung Alvaroz de Estraada.

Ein unworbenes Land

Von unserem Belgrader Vertreter

WP Belgrad, Mitte Dezember

Daß Jugoslawien auf den englisch-italienischen Mittelmeer- und Kolonialkonflikt mit großer Empfindlichkeit reagiert hat, ist bekannt. Das konnte auch gar nicht anders sein. Jugoslawien ist nicht nur ein Staat, der an der Machtverteilung auf dem wichtigsten Meere der alten Welt ein Lebensinteresse hat; es ist auch ein unmittelbarer Nachbar Italiens, mit dem es im Grunde seit dem Kriege ständig in schwierigen und gespannten Beziehungen gelebt hat. Darum sieht man in Belgrad auch heute, wo manches für eine Milderung, manches aber auch, wie die spanischen Vorfälle, auf eine Verschärfung der Lage im Mittelmeer hindeuten, in dieser Frage das aktuellste außenpolitische Problem, dem gegenüber alles andere in den Hintergrund tritt.

Unter solchen Umständen mußte es ausschlagreich sein, die Wirkung der jüngsten Entwicklung der Mittelmeerfrage auf die jugoslawische Politik zu beobachten, insbesondere die der Verjuche, zu einem sogenannten Gentlemen-Agreement zwischen London und Rom zu gelangen. Groß war die Wirkung freilich nicht. So wenig man in Belgrad daran zweifelt, daß die Verhandlungen zu irgendeinem Ergebnis führen werden, so wenig zweifelt man auch daran, daß dieses Ergebnis an der Labilität der englisch-italienischen Beziehungen und damit der Ruhe auf dem Mittelmeer nichts ändern wird. „In England“, jagte mir ein kluger Beobachter dieser Tage, nachdem er eine sarkastische Bemerkung über die Erschließung Abyssiniens gemacht hatte, „sieht man eine etwas neblige Situation jeder klaren Frontstellung vor. Diese Einstellung ist die wahre Grundlage des beabsichtigten Gentlemen-Agreements.“

Es ist klar, daß die Spannung in der Mittelmeerzone, an deren Bekämpfung in absehbarer Zeit in Belgrad, wie man sieht, nicht geglaubt wird, für Jugoslawien ziemlich unangenehm und belastend ist. Als unmittelbarer Anrainer des Kriegengebietes sieht sich das Land genötigt, mit möglicher Beschleunigung die Sicherung der eigenen Position zu betreiben, was manche Schwierigkeiten verursacht. Die Regierung verfolgt dieses Ziel auf zwei Wegen. Einmal hat sie im Rahmen ihrer finanziellen und technischen Möglichkeiten einen beschleunigten Ausbau der wirtschaftlichen und militärischen Wehrkräfte in Angriff genommen, um, wie Ministerpräsident Stojadinowitsch kürzlich in einer Rede in Belgrad erklärte, gegen jede Bedrohung der eigenen Grenzen gewappnet zu sein. Der zweite Weg, der von Jugoslawien beschritten wurde, ist der, eine möglichst weitgehende Entgiftung der Beziehungen zu allen Nachbarnstaaten zu versuchen, womit auf mehreren Seiten bereits beträchtliche Erfolge erreicht wurden.

Gerade im Zusammenhang mit dieser Verändigungs- und Entgiftungspolitik zeigen sich aber auch die Vorteile, die Jugoslawien aus der geographischen und politischen Lage ziehen kann, die es gegenüber dem Mittelmeerproblem einnimmt. Gerade wegen seiner energiegelichen Be-

Erwerbt die WHW.-Abzeichen Straßensammlung bis 20. Dezember

1936
Städt.
Gemein.
Komm.
Verordn.
15266
5-7-
7.